

„Der Nachteil der Demokratie ist, dass man von Idioten und Pack gewählt werden muss, wenn man etwas verändern will.“

Wolf Biermann

Ende der 1960er-Jahre sind die Spuren des letzten Weltkrieges im westlichen Teil Europas weitestgehend verschwunden. Das sogenannte „Wirtschaftswunder“ ist vollbracht. Der materielle Wohlstand nimmt rasant zu. Doch, wie sagt der Volksmund: „Wenn es dem Esel zu wohl ist, geht er aufs Eis tanzen“. Jetzt ist es so weit. Die 68er-Bewegung macht sich auf, den von ihr gewitterten „Muff von tausend Jahren“ zu vertreiben, den „konservativen Mief“ der bürgerlichen Gesellschaft wegzublasen. Positive Alternativen haben sie nicht im Gepäck. Was sie bewegt, sind ihre Verachtung für alle traditionellen Werte, die blinde Verehrung marxistischer Verbrecher in Vietnam und auf Kuba und blanker Hass auf alles Amerikanische. Nur ein Jahr später, 1969, kündigt der frischgebackene deutsche Kanzler Willy Brandt an, „mehr Demokratie wagen“ zu wollen. Bald danach droht der in Österreich bei den Wahlen zum Nationalrat siegreiche Bruno Kreisky damit, „alle Lebensbereiche mit Demokratie zu durchfluten“. Beide Herren sind Sozialdemokraten. Beide setzen ihre Ankündigungen prompt in die Tat um und sorgen damit für einen nie zuvor erlebten Grad an Politisierung der Gesellschaft. Alles Private wird plötzlich politisch – und bleibt es bis heute. Der Grad der politischen Durchdringung der Gesellschaften hat seither sogar noch beträchtlich zugenommen.

Deutschland und Österreich stehen mit dieser Entwicklung nicht alleine da. Die politische Landschaft ganz Europas, sofern es sich nicht um die des damals noch existierenden Sowjetimperiums handelt, rückt unaufhörlich nach links. Die mit der von der Europäischen Union verfolgten Politik des „Gender Mainstreaming“ einhergehende Feminisierung Europas ist im Begriff, diesen Trend noch weiter zu verstärken, da Frauen linker Politik in stärkerem Maße den Vorzug geben als Männer.

Wenn heute über den zum Teil dramatischen Niedergang sozialdemokratischer Parteien räsoniert wird, ist die Ursache dafür nicht etwa in einer zunehmenden Zurückweisung linker Ideen zu suchen. Vielmehr spiegelt die Erosion der Sozialdemokratien den Umstand wider, dass inzwischen auch die meisten ehemals konservativen und liberalen Parteien lupenrein sozialdemokratische Positionen angenommen haben. *Konservative*, auf die diese Bezeichnung tatsächlich zutrifft, also Männer wie Erik Kühnelt-Leddihn, oder gestandene *Liberale* vom Schlage eines Eugen Richter, sucht man in der politischen Klasse Europas heute weithin vergeblich.

Das bleibt nicht folgenlos. Mit dem vollständigen Triumph sozialdemokratischen Denkens und Handelns geht eine stetig voranschreitende, inzwischen nahezu totale, Entmündigung des Bürgers einher. Der (sozial-)demokratische Wohlfahrtsstaat verspricht ein allumfassendes Vollkaskosystem. Das gibt es allerdings nicht kostenlos. Der Preis dafür ist nicht gering: Es ist nicht weniger als die Freiheit.

Längst geht es dem Staat nicht mehr nur um die Erfüllung jener zentraler Aufgaben, für die der einst „erfunden“ wurde: Um Sicherheit nach außen und im Inneren, sowie um das Rechtswesen. Bezeichnenderweise versagt er sogar ausgerechnet in diesen wesentlichen Bereichen in zunehmenden Maße: Militärische Impotenz, wachsende – zu einem beträchtlichen Teil importierte – Kriminalität und schwindende Rechtssicherheit kennzeichnen heute so gut wie alle Provinzen der Europäischen Union. Das Versagen bei seinen zentralen Aufgaben kompensiert der Staat an anderer Stelle: Der demokratisch verfasste Leviathan nimmt seinen Untertanen heute selbst die Entscheidung darüber ab, wie eine Toilettenbeleuchtung und –Spülung, ein Staubsauger, Toaster oder Rasenmäher beschaffen zu sein hat.

In Restaurants – also *in von Privatpersonen betriebenen Etablissements* - gilt längst öffentliches Recht. Das Bürgerliche Recht ist dort abgeschafft. Wirt und Gäste sind nicht mehr länger berechtigt, freie Vereinbarungen über Art und Qualität der zu erbringenden Dienstleistung zu treffen – etwa hinsichtlich der angebotenen Speisen und deren Bestandteile, oder bezüglich der herrschenden Luftqualität. Ob geraucht wird oder nicht, entscheidet nicht mehr der Hausherr, sondern die Zentralbürokratie. Der Wirt ist nicht mehr berechtigt, eine „Raucherlounge“ einzurichten. Ihren Gästen einen solchen Service zu bieten wurde ihnen per Dekret verboten (in Österreich bestehen noch kleine Ausnahmen, die schon bald verschwinden werden).

Die herrschende Klasse im demokratisch legitimierten Gouvernantenstaat duldet keine selbstbestimmten Entscheidungen ihrer Untertanen. Zunehmend maßt sie sich an, die Menschen vor sich selbst - und vor den Folgen ihres vermeintlich stets fehlerhaften Handelns zu beschützen. Die Führer des demokratischen Staates wissen immer alles besser, als die Betroffenen selbst. Die Bürger haben daher hinzunehmen, dass „Big Brother“ sich auch in höchst persönlichen und privaten Belangen zu ihrem unduldsamen Vormund aufschwingt – nur zu ihrem Besten, versteht sich.

Keinem Monarchen zur Zeit des Absolutismus ist es, von Fragen der Religion abgesehen, jemals eingefallen, derart umfassend ins Privatleben seiner Untertanen einzugreifen, wie es demokratische Regimes heute mit größer Selbstverständlichkeit zu tun pflegen. Die vergleichsweise minimalen Mittel, die Kaisern und Königen zur Verfügung standen, hätten es ihnen gar nicht erlaubt, das für die Durchsetzung der heute üblichen paternalistischer Übergriffe erforderliche Personal zu bezahlen. Die vom Volk zu schulternden Steuerlasten waren folglich, gemessen an heutigen Verhältnissen, geradezu lächerlich niedrig. Hätten die Fürsten mehr gefordert, wären sie wohl recht bald davongejagt, oder um einen Kopf kürzer gemacht worden.

„Das beste Argument gegen die Demokratie ist ein 10-minütiges Gespräch mit einem x-beliebigen Wähler.“
Winston Churchill

Die Gleichgültigkeit, mit der die Bürger gegenwärtig ihre immer weiter fortschreitende Entmündigung und Ausplünderung hinnehmen, ist verblüffend. Dies umso mehr als es, im Gegensatz dazu, in der Vergangenheit schon wesentlich harmloserer Anmaßungen wegen, zu folgenschweren Steuerrevolten kam. Man denke etwa an die Erhebung der „Boston Tea Party“ gegen die britische Krone anno 1773, die am Ende zur amerikanischen Revolution führte. Damals ging es um eine recht unbedeutende Verbrauchssteuer auf ein Genussmittel. Heute hingegen werden selbst Enteignungsquoten widerstandslos akzeptiert, die bereits zwei Drittel der Einkommen übersteigen. Die Herrschenden haben es seither offensichtlich bestens verstanden, die Urteilskraft ihrer Untertanen massiv zu trüben. Es ist ihnen gelungen, Steuern von extremer Höhe und konfiskatorischen Charakters – kontrafaktisch - als Ausdruck eines hohen Zivilisationsgrades zu verkaufen. Über die Verwendung seines Einkommens nicht mehr selbst bestimmen zu dürfen, hat mit Zivilisation indes wesentlich weniger zu tun, als mit Freiheitsberaubung! Zugleich wird, unter Hinweis auf die ständig komplexer werdende Welt, eine unaufhörliche Flut neuer Regelungen, Gebote und Verbote gerechtfertigt, die den Bürger schleichend entrechten.

Die von der politischen Klasse zu diesem Zweck angewandte Salamtaktik hat offensichtlich Erfolg: Einerseits sind es ja stets nur unbedeutende Kleinigkeiten, die der Leviathan zur Entscheidung an sich zieht. Andererseits brauchen die direkten Steuern meist nicht unter großem Getöse nominell erhöht zu werden. Zusätzliche Steuereinnahmen lukriert der Fiskus – völlig unauffällig – durch die „kalte Progression“.

Oder – noch ein Spur eleganter - mittels der staatlich gesteuerten Geldinflation. Diese besonders tückische Form der Vermögensentwertung und Enteignung hat für die Regierung den gewaltigen Vorteil, nicht ihr, sondern regelmäßig „profitgierigen Unternehmern“ und „gewissenlosen Bankern“ angelastet zu werden.

Kein einziger dieser hoheitlichen Übergriffe erscheint, für sich genommen, schwerwiegend genug, um größere Aufregung auszulösen. Wegen einer Duschkopfverordnung, einer Abwassergebührenerhöhung oder einer weiteren Geldmengenausweitung, bricht schließlich niemand eine Revolte vom Zaun. So kann die politische Klasse ihr die Freiheit zerstörendes Werk ungehindert fortsetzen und laufend verstärken.

„Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter - Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.“

Jean-Claude Juncker

Doch die Summe von ausufernden Regulierungen und exzessiven Tributforderungen führen allmählich zu einer dramatischen Transformation der Gesellschaft. Die springt allerdings erst dann ins Auge, wenn man den Blick auf weiter zurückliegende Zustände – und das Maß an der damals noch herrschenden Freiheit – richtet und mit der heutigen Lage vergleicht. Dann wird offenbar, wie viele Entscheidungen – und seien es die über die Menge des auf der Toilette verbrauchten Spülwassers oder die Verwendung der Früchte seiner Arbeit – der Staat dem Bürger bereits abgenommen hat – zum Teil sogar vollständig.

Dass die Steuerquote in Österreich von 1970 bis heute um rund 10 Prozentpunkte gestiegen ist, ohne dass es darüber auch nur den geringsten Disput gegeben hätte, spricht Bände. Das fünfte Kapitel ist der Suche nach Erklärungen für diese erstaunliche Tatsache gewidmet.

Bis zu welchem Grad an Entrechtung und Ausbeutung kann ein Individuum noch als frei gelten? Ist ein Mensch nicht längst zum Sklaven herabgesunken, wenn es ihm nicht mehr gestattet ist, wenigstens die Hälfte der Früchte seiner Arbeit zu behalten? Auch wenn sich die wenigsten privatwirtschaftlich Erwerbstätigen dessen bewusst sein dürften, ist das längst der Fall. Aber warum regt das keinen auf?

Dieser Text entstammt dem kürzlich im Lichtschlag-Verlag erschienenen Buch „Schluss mit Demokratie und Pöbelherrschaft“ von Andreas Tögel

Ansicht und Bestellung unter folgendem Link: http://www.amazon.de/Schluss-mit-Demokratie-P%C3%B6belherrschaft-Mitbestimmung/dp/3939562270/ref=sr_1_1?ie=UTF8&qid=1429534662&sr=8-1&keywords=t%C3%B6gel+lichtschlag